

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 43. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 20. April 2016
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Franz Vogt
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Elena Elser, Matthias Häuptli, Philippe Hofmann, Patrick Kneubühler,
Jacqueline Misslin, Roland Naef, Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 32 Anwesende = 22
18.20 Uhr, 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission**,
anstelle des zurückgetretenen Jürg Vogt, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Urs Pozivil Geschäft 4276
 2. Wahl eines Mitgliedes in die **Umweltkommission**,
anstelle des zurückgetretenen Jürg Vogt, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Urs Pozivil Geschäft 4277
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend **Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4095 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 13.01.2016, zum Postulat von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend **Ersatzparkplätze für wegfallende Parkplätze an der Baslerstrasse**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4174 / A
5. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 19.05.2015, betreffend **Integrationskonzept**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4240 / A
6. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 27.08.2015, betreffend **Was kostet uns die UStR3**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4246 / A
7. Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 27.12.2015, betreffend **Projekt Skulpturenführer Allschwil 2015 – 200 Jahre Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4267

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 43. vom 20. April 2016

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Pascale Uccella-Klauser

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich begrüsse alle herzlich, auch Herrn Vogt. Wir sind ein bisschen später, aber ich wollte warten, bis alle hier sind.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich begrüsse herzlich neu im Einwohnerrat Urs Pozivil anstelle des zurückgetretenen Jürg Vogt. Ich wünsche Ihnen viel Spass und gute Arbeit.

Ich habe noch eine Mitteilung vom Büro. Wir haben entschieden, dass wir das Präsidium des Wahlbüros in dieser Legislatur nicht mehr neu besetzen, sondern auf vakant belassen. Es ist es nicht Wert, dass wir das jetzt noch wechseln. Wir haben das auch mit Wahlbüro diskutiert und das ist so in Ordnung.

Es gibt eine dringliche Interpellation, Geschäft 4286, es liegt auf: Was passiert gerade bei der familienexternen Betreuung in Allschwil.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich denke, dass es nicht nur bei uns so ist, dass ein paar Fragen beantwortet werden. Ich habe mein Wissen nur aus der Presse und von ein paar einzelnen Privatgesprächen. Als Einwohnerrat hätte ich gerne ein paar Fragen zu diesem Thema beantwortet und das ist dringlich.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat wehrt sich nicht gegen Dringlichkeit und ist bereit die Antworten zu geben, nach der Pause im üblichen Rahmen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über die Dringlichkeit ab, es braucht ein Zweidrittelsmehrheit.

://:

Das wird einstimmig angenommen.

Frau Nüssli wird dies nach der Pause beantworten.

Wir haben noch übrige Vorstösse, das Geschäft 4281, Postulat Spielgruppe von der EVP/Grüne-Fraktion. Eine Interpellation, Geschäft 4283, "Was bedeutet eine ausgewogene Finanzbeschaffungsstrategie" von der SP-Fraktion. Wir haben nochmals eine Interpellation, Geschäft 4285: Was läuft in Sachen Kommunikation in Allschwil noch wirklich gut.

Wir kommen nun zur Bereinigung der Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es einen Änderungsantrag gibt? Das ist nicht der Fall, die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Jürg Vogt, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Urs Pozivil, Geschäft 4276

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wahlvorschlag ist Urs Pozivil. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

In stiller Wahl ist somit Urs Pozivil gewählt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in die Umweltkommission,
anstelle des zurückgetretenen Jürg Vogt, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Urs Pozivil, Geschäft 4277

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wahlvorschlag ist Urs Pozivil. Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

In stiller Wahl ist somit Urs Pozivil gewählt.

Ich wünsche Urs Pozivil viel Glück.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, zum Postulat
von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4095 / A

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Aufgrund der angespannten Finanzlage ist das von allen anerkannte gute Konzept für ein Sprachförderungsangebot im Vorschulalter abgelehnt worden. Stattdessen hat der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt für das Konzept Frühförderung einen Realisierungsvorschlag mit alternativen Finanzierungsquellen auszuarbeiten. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, wie dies schon anlässlich der Fragestunde vom 17. Juni und 16. September 2015 gesagt wurde, dass öffentliche längerfristige Aufgaben im Bildungswesen nicht durch Sponsoring finanziert werden können. In den Erwägungen sind zwei mögliche alternative Finanzierungsmittel aufgezeigt. Aufgrund von diesen Ausführungen spricht sich der Gemeinderat dagegen aus, ein langfristig angelegtes Angebot wie die Sprachlerngruppe, das jährlich wiederkehrende Kosten mit sich zieht, über Drittmittel zu finanzieren. Einerseits erachtet es der Gemeinderat als unrealistisch einen so hohen Betrag von jährlich CHF 180'000 alleine über Sponsoring abzudecken, ohne dass sich die Gemeinde selber an der Finanzierung beteiligt. Der Gemeinderat ist nicht bereit, das finanzielle Risiko zu tragen. Sollte ein Sponsor abspringen und kein adäquater Ersatz gefunden werden, dann müsste die Gemeinde einspringen oder das Angebot reduziert oder gestrichen wird. Selbstverständlich sucht die Hauptabteilung BEK grundsätzlich immer noch nach guten Alternativen und Kooperationen, um Sprachförderung für Fremdsprachige und oder sozial benachteiligte Vorschulkindern anzubieten. Wir sind daran, ein Angebot des Ausländerdienstes zu analysieren und zu prüfen. Heute habe ich ein Schreiben erhalten von der Kirchgemeinde Allschwil-Schönenbuch, welche neu eine Spielgruppe Plus anbietet, Deutschkenntnisse für Kinder im Vorschulalter, ein Jahr vor dem ersten Kindergarten. Das ist eine tolle Sache. Wir sind immer noch daran, hier weiter zu suchen. Der Gemeinderat beantragt Ihnen das Postulat von diesem Konzept als erledigt abzuschreiben.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich beantrage eine Diskussion und möchte grad damit anfangen. Ich verstehe, dass der Gemeinderat auf dieses Geschäft nicht eingehen will. Es freut mich natürlich zu hören, dass er sich weiterhin bemüht eine Sprachförderung auf die Beine zu stellen. Das hat der Gemeinderat im Bericht über das Geschäft sehr eindrücklich geschildert, wie wichtig es ist. Ich zitiere ein paar Sätze:

„Die hohe Anzahl der Kindergartenkinder in Allschwil haben gezeigt, dass faktisch ein hoher Bedarf an spezifischen Sprachförderangeboten im Vorschulalter bestehen“. Das andere ist auch wichtig, weil die Finanzen immer in die Quere kommen: „Volkswirtschaftlich liegen viele Berechnungen vor. Sie alle belegen, dass sich Investitionen in den Vorschulbereich aufgrund ihrer hohen Bildungsrendite lohnen, sodass eine Ertrags/Kostenrelation zwischen 3 zu 1 und 7 zu 1 erwartet werden kann“. Gleichzeitig ist grad ein grosses Projekt in Zürich zu Ende gegangen im Frühförderungsbereich. „Die seit 2001 begleiteten Kinder weisen eine höhere Kompetenz in Sprache, Kognition und sozialen Fähigkeiten aus als Knaben und Mädchen aus einer Kinderkontrollgruppe ohne Fördermassnahme“. Überall finden solche Projekte statt und überall wird bewiesen, dass es einen grossen Nutzen hat. Es ist nicht nur eine wirkungsvolle Indikationsmassnahme, es ist auch eine Sparmassnahme. Die Gemeinde gibt für Unterstützungsmassnahmen CHF 3'000'000 aus, da sind die CHF 180'000 wenig dagegen. Finanzchef, Franz Vogt, sollte eigentlich jubeln über eine solche Gelegenheit zum Sparen. In Anbetracht der CHF 3'000'000 die wir jährlich für Unterstützungsmassnahmen ausgeben, ist das ein Klacks. Ich hoffe, dass die Bemühungen des Gemeinderates fruchten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Studie, die Herr Gadola vorher zitiert hat, kenne ich nicht im Detail, ich meine, dass dies nur funktionieren kann, wenn man das in einer grösseren Einheit macht und nicht nur auf Gemeindeebene. Wir leben in einer sehr schnelllebigen Zeit, wo auch der Wohnsitz regelmässig gewechselt wird. Wenn nur die Gemeinde Frühförderung anbietet, dann haben wir vor allem Ausgaben, aber keinen Nutzen, weil die Betroffenen dann bereits woanders wohnen. Die CVP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die Situation ist so, dass wir immer mehr Kinder haben, die in die Primarschule kommen und bereits lesen, schreiben und rechnen können. Sie haben auch körperlich und sozial hervorragende Voraussetzungen für einen Start in eine erfolgreiche Schulkarriere. Andererseits, das ist die Kehrseite der Medaille, haben wir auch immer mehr Kinder, wo der Zug eigentlich bereits abgefahren ist, wenn sie in den Kindergarten kommen. Wer das weiss und nichts dagegen macht, handelt fachlich, menschlich und ökonomisch, da schliesse ich mich Bruno Gadola voll an, fahrlässig. Man könnte es auch deutlicher sagen, nämlich saudumm. Frühförderung sei eigentlich auch in Allschwil wichtig, meint der Gemeinderat schon bei der ersten Behandlung des Postulats, aber das Geld würde fehlen. Ich möchte Ihnen ersparen nochmals mehr ausführen, weshalb das Geld fehlt. Ich habe Sie damit bereits ausgiebig gelangweilt. Der Gemeinderat hat das erste Mal und jetzt wieder das Postulat zur Ablehnung empfohlen. Ich finde das unverantwortlich. Eine Investition in die Bildung und in diesem Zusammenhang ist wirklich sehr kurzsichtig und nicht nachhaltig gedacht. Ich habe deshalb dem Gemeinderat eine Mail geschickt mit Vorschlägen, wie man das auf die Reihe kriegen könnte. Darauf habe ich nie eine Antwort erhalten. Das hat mich etwas gestört, das habe ich nicht so gern. Man muss mich nicht besonders behandeln, aber ich finde die Diskussionskultur, die keine ist, nicht optimal. Ich habe ausgeführt, wie man eine kostengünstigere Form auf die Beine stellen könnte. Ich habe ausgeführt, dass es entscheidend wäre, dass wir in Allschwil die Erziehungskompetenz der Eltern stärken würde, anstelle von vielen Reparaturkosten. Ich habe auch angeboten, bei Sponsoren, mit denen ich schon lange arbeite, die Türe zu öffnen. Aber der Gemeinderat möchte das nicht. Ich bin nicht glücklich, Sie merken das. Inzwischen hat, wie Sie heute gehört haben und auf Ihrem Tisch liegt, die EVP/Grüne-Fraktion ein Postulat eingereicht, Spielgruppe Plus. Grosse Probleme lassen sich nur lösen, wenn sie noch klein sind. Das ist eines meiner Kern/Lebensmottos. Ich bin zufällig in einem Zusammenhang mit der Forschungsgruppe in Nebikon im Kanton Luzern. Dort habe ich gesehen, dass eine Gemeinde mit einer Spielgruppe sehr aktiv geworden ist und gute Erfolge damit hat. Danach habe ich einen Leserbrief geschrieben im Allschwiler Wochenblatt, mit dem Angebot Support zu leisten, wenn jemand Interesse hat in Allschwil eine Spielgruppe ausserparlamentarisch zu lancieren. Zu meiner grossen Freude hat sich die reformierte Kirche gemeldet. Ich war dort und habe ihnen einen Film gezeigt der Spielgruppe Plus in Nebikon. Ich habe ihnen angeraten etwas zu warten und sich gut Zeit zu lassen und im 2017 anzufangen. Die Leute sind aber so begeistert und sie haben ein gutes Potential bei der reformierten Kirche.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin : Herr Keller, bitte bleiben Sie beim Postulat.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich finde das wesentlich und nehme mir noch zwei Minuten. Die wollen damit jetzt schon im Sommer starten. Damit hat sich ein privater Träger auf den Weg gemacht und es besteht eine Chance, dass bezüglich dem grossen Bedarf bei der Frühförderung etwas passiert. Ich bin froh, dass der Gemeinderat gesagt hat, dass er weiter dran bleiben möchte. In Zusammenhang mit diesem Postulat und überhaupt wünsche ich mir eine günstige Zusammenarbeit.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Für uns von der FDP-Fraktion ist es klar, dass wir uns momentan jährlich sehr hohe Kosten in der jetzigen angespannten Finanzlage nicht leisten können. Die Argumente des Gemeinderates sind überzeugend, dass Sponsoring keine Alternative ist. Wie mein Vorredner bereits gesagt hat, zweifeln wir daran, dass ein Alleingang von Allschwil uns finanziell sehr viel weiter bringen würde und einsparen würde. Wir sehen auch, dass es private Angebote gibt und wir meinen, dass wir die Eltern mehr in die Verantwortung nehmen müssen. Das ist nicht alles Gemeindeaufgabe. Darum empfehlen wir, diese Interpellation abzuschreiben.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von den Grünliberalen haben dies auch geprüft. Wir meinen auch, dass gute Sprachkenntnisse und Frühförderung der Schlüssel für eine gute Integration ist, schulisch, kulturell und letztlich auch beruflich. Wir sehen einen grossen Nutzen und haben uns die Frage gestellt, ob das Aufgabe von Allschwil oder des Kantons ist. Klar wäre es Aufgabe des Kantons. Es wäre aber trotzdem wertvoll, wenn Allschwil eine Vorbildfunktion hätte. Wir unterstützen dies darum und möchten gerne ein Konzept sehen, wo wir sehen, was die Kosten und der Nutzen sind.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Zur FDP-Fraktion. In Zürich unterstützt die FDP-Fraktion das Frühförderungsprojekt sehr und möchte viel Geld dort investieren. Nehmt euch ein Beispiel an der FDP Zürich.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage. Was von der GLP formuliert wurde, das fusst auf keinem Dokument, Antrag oder Vorstoss. Das ist nur eine Bitte und nichts, was der Gemeinderat machen muss.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ja, selbstverständlich. Das heisst, dass wir gegen Abschreibung sind. Wir haben den Wunsch geäussert, in welche Richtung es gehen soll.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine kleine und entscheidende Zwischenbemerkung. Warten wir nicht auf den Kanton.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Erwägungen

3. Antrag

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat No. 4095 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 18 Ja gegen 15 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird mit 18 gegen 14 Nein und 1 Enthaltung abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 13.01.2016, zum Postulat von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend Ersatzparkplätze für wegfallende Parkplätze an der Baslerstrasse
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4174 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Erneuerung der Baslerstrasse wird dereinst grosse Verbesserungen bringen. Einerseits im Rahmen der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, aber auch in Sachen Leistungsfähigkeit und insbesondere die Behindertentauglichkeit der Baslerstrasse wird massiv erhöht. Das wiederum hat zur Folge, dass mit diesem Projekt Parkplätze für den Individualverkehr verloren gehen. Darauf zielt dieses Postulat ab. Wir haben eine unabhängige Studie machen lassen durch das Büro Rudolf Keller & Partner. Die haben festgestellt, dass der Parkplatzdruck im Bereich Dorf und Lindenplatz am grössten ist. Man hat im Rahmen der Untersuchung festgestellt, wenn man hinter der Baslerstrasse schaut bei den privaten und halböffentlichen Parkplätzen, dass es dort eine relativ grosse Verfügbarkeit hat. Ich darf hier auch das Beispiel der Parkplätze an der Klarastrasse erwähnen. Dort haben wir hinterliegende Parkplätze, die bisher schlecht genutzt wurden. Dort hat der Gemeinderat eine Beschilderung gemacht, die darauf hinweist, dass dort Parkplätze vorhanden sind, die nicht an der Baslerstrasse sind. Wir möchten versuchen die Leute dazu zu bewegen, dass auch die hinterliegenden Parkplätze in Zukunft genutzt werden, wenn die Baslerstrasse erneuert wird. Das kann man machen, indem man die Parkplätze an der zukünftigen Baslerstrasse bewirtschaftet. Dort haben Sie im Papier gesehen, dass wir uns dort blaue Zonen oder Parkgebühren vorstellen könnten. Das Ziel ist, dass man damit bewirkt, dass die Leute die hinterliegenden Parkplätze nutzen. Die Parkplätze an der Baslerstrasse stehen somit den Kunden der Geschäfte oder den Besuchern von Auswärts zur Verfügung für das kurzzeitige Parkieren. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat abzuschreiben.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat für seinen Bericht. Wir können uns diesen Schlussfolgerungen aus dem Bericht grundsätzlich anschliessen. Momentan gibt es gewisse Abschnitte, die stark ausgelastet sind, aber man findet dort innerhalb einer nützlichen Frist einen Parkplatz. Die halböffentlichen Parkplätze sind weniger stark belegt, dort hat es noch Kapazität. Man sieht auch, dass durch die Erneuerung der Baslerstrasse einige Parkplätze wegfallen und dass es dadurch ein Defizit an Parkplätzen gibt. Dort muss man schauen, dass man sich einsetzt, dass möglichst wenig von diesen Parkplätzen verschwinden. Wie man dem Bericht entnehmen kann, ist es schwierig zusätzliche Parkplätze zu generieren. Was die Beurteilung der Empfehlungen im Bericht anbelangt, kommt die FDP-Fraktion zu einem anderen Resultat als der Gemeinderat. Wir sehen nicht vordergründig, dass man bei den problematischen Stellen vor allem im Dorf zuerst mit einer Parkgebühr kommen soll, sondern zuerst bei den halböffentlichen Parkplätzen mit den Eigentümern Kontakt aufnehmen soll, um zu schauen, ob man sie nicht zu gewissen Zeiten allgemein öffnen könnte und dort ein kostenpflichtiges Parkplatzregime einführen kann. Wir sind mit dem Gemeinderat einig, dass es im Moment keinen Bedarf gibt, dass man etwas ändert an der Ist-Situation. Wir brauchen zurzeit kein Ausführungsprojekt, sondern man kann zuerst die Sanierung der Baslerstrasse abwarten und schauen, wie sich die Situation dann darstellt. Wir begrüssen es sehr, dass der Parkplatz hinter dem Friedhof von der Baslerstrasse her gut ausgeschildert ist, damit auch die Besucher, die am Sonntag nach Allschwil kommen und beispielsweise im Wald laufen möchten, einen Parkplatz in Allschwil finden. Ich persönlich habe oft das Problem in fremden Baselbieter Dörfern einen Parkplatz zu finden. Das Problem haben wir in Allschwil gelöst.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat. Wie sieht das rechtlich aus mit dem Parkplatzregime auf einer Kantonsstrasse? Darf die Gemeinde hier selber bestimmen oder nur Empfehlungen abgeben?

Robert Vogt, Gemeinderat: Diese Aufgabe an einer Kantonsstrasse obliegt dem Kanton. Wir als Gemeinde können Wünsche äussern, die in der Regel auch akzeptiert werden.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis. Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat nicht beabsichtigt irgendwo ein Parkhaus hinzustellen, um die Situation zu entschärfen. Ich habe die eine oder andere Frage. In der Analyse geht nicht hervor, wie viele

freie Parkplätze in den Einstellhallen entlang der Baslerstrasse frei sind. Ich könnte mir vorstellen, wenn die Parkplatzsituation anzieht, dass sich der eine oder andere vermutlich überlegt, einen Einstellhallenplatz zu mieten, um sein Auto doch zu versorgen. Es wird ein Ausführungsprojekt erwähnt und ich habe mich gefragt, auf wann dies geplant wird, vor dem Umbau der Baslerstrasse oder erst nachher?

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke für die zwei Fragen. Was die privaten Parkgaragen betrifft, steht wirklich nichts in der Erhebung. Eine persönliche Bemerkung dazu. Mir fällt auf, dass es sehr viele Schilder gibt "Einstellhallenplätze zu vermieten" entlang der Baslerstrasse. Daraus schliesse ich, dass dort eher eine Überkapazität vorhanden ist. Was das Ausführungsprojekt der Baslerstrasse betrifft, bin ich nicht sicher, ob ich es richtig verstanden habe. Der Kanton wird zuerst den unteren Abschnitt von der Maiengasse bis Morgartenring realisieren. Dann werden wir im Bereich Lindenplatz die Beobachtungen machen können, damit wir die Schlüsse ziehen können, um die notwendigen Massnahmen zu ergreifen.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Erwägungen

3. Antrag

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat No. 4174 wird als erledigt abgeschrieben.

://

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 19.05.2015, betreffend Integrationskonzept
Geschäftsvertretung. GR Arnold Julier, Geschäft 4240 / A

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Fragen haben wir beantwortet. Ich möchte noch ein paar Bemerkungen machen betreffend der Integrationspolitik. Die Integrationspolitik ist konsequent auf das Prinzip fördern und fordern ausgerichtet. Dabei steht der Spracherwerb im Vordergrund. Die Integration ist ein gegenseitiger Prozess, in dem das Engagement der Migrantinnen und Migranten, sowie auch der einheimischen Bevölkerung nötig ist. Mit dem Fordern wird die Selbstverantwortung der Ausländerinnen und Ausländern in den Vordergrund gestellt. Ein Beitrag der Ausländer und Ausländerinnen bei der Integration zeigt sich bei der Respektierung unserer Grundwerte, die Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, dem Willen am Wirtschaftsleben teilzunehmen, dem Erwerb von Bildung und insbesondere das Erlernen der Sprache. Das Fördern umfasst einerseits gezielte Vorkehrungen des Staates zur Förderung der Integration der Ausländerinnen und Ausländern. Andererseits werden Bestrebungen unternommen, die das gegenseitige Verständnis zwischen der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung im Zusammenleben erleichtern. Die schweizerische Bevölkerung kann in diesem Prozess unterstützend mitwirken, indem sie der Migrationsbevölkerung gegenüber offen ist und sich für ein Klima der Anerkennung und Toleranz einsetzt. Das Ziel der Integration ist das friedliche Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohlbevölkerung in gegenseitiger Achtung und

Toleranz. Integration soll den Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilzuhaben. Sie ist erfolgreich, wenn Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig ihrer Herkunft die gleichen Chancen haben und nutzen. Das bedeutet die Aufnahme in die schweizerische Gemeinschaft und die Bereitschaft der ausländischen Personen, sich in das gesellschaftliche Umfeld einzufügen. Integration wird allgemein als gegenseitiger Annäherungsprozess zwischen der einheimischen und ausländischen Bevölkerung betrachtet. Sowohl die Bereitschaft der ausländischen zur Eingliederung, was auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraussetzt. Integration kann nur gelingen, wenn Ausländerinnen und Ausländern echte und effektive Möglichkeiten gewährt werden, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben in der Schweiz teilzuhaben. Eine sehr wichtige Rolle haben bei dieser Integration die Gemeinden. Dort begegnen sich die Schweizer und Ausländer im Alltag. Dort spielt sich das soziale Leben ab, in Vereinen, beim Sport, im Berufsleben usw. Die Möglichkeiten zur Integration sind in fast allen Bereichen des täglichen Lebens vorhanden, man muss sie nutzen. Die Fragen haben wir in der Interpellation beantwortet.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich möchte auch noch einige Bemerkungen dazu machen. Ein erster Schritt für ein Integrationskonzept, das in der Gemeinde noch nicht existiert, wurde gemacht. Am letzten Neuzuzüger-*Apéro* wurden die Gäste in einem sauberen englisch begrüsst. Das ist ein Fortschritt, aber das reicht noch nicht. Es nimmt mich wunder, wie es mit den anderen 113 Sprachen ausfällt. Es wurde ein erster Schritt gemacht, dafür bin ich dankbar. Man könnte vielleicht die Leute auch einmal auf Hochdeutsch begrüssen. Die Entwicklung ist erfreulich, aber genügt nicht. Rund 5000 Ausländer und Ausländerinnen aus 114 Nationen leben in unserer Gemeinde, da lohnt es sich ein Integrationskonzept zu entwickeln. Dasselbe gilt für die Expats unter den Ausländern. Ihre Aufenthaltsdauer wächst, zwei Dritte bleiben über vier Jahre in unserer Region. Wir dürfen die Integrationsaufgabe nicht alleine den Schulen überlassen. Sie fördern die Integration mit besonderen Angeboten, Fremdsprachenklassen und Deutschkurse als Zweitsprache mit interkultureller Pädagogik, usw. Auch den Erwachsenen müssen die Bedeutung der deutschen Sprache klar gemacht werden, lokale Gepflogenheiten und auf das Angebot von Schule und Gemeinde muss hingewiesen werden. Auch unser Schulsystem, die Tagesstruktur, der öffentliche Verkehr und das Abfallsystem muss informiert werden. Die Information für Neuzuzüger, die vermittelt werden, können das Informationsbedürfnis nicht befriedigen. Nach ein paar Wochen stehen viele Ausländer wieder alleine da. Eine Informationsplattform, auf der allgemeine Informationen in verschiedenen Sprachen verfügbar sind, wäre eine erste Massnahme zur Förderung der Integration und könnte den Zugang in unsere Gesellschaft erleichtern. Es ist zu begrüssen, dass der Gemeinderat bereit ist, zumindest auf dem Papier im Bericht, das Projekt Integrationsförderung in der Gemeinde zu prüfen. Ich hoffe, er lässt es nicht bei der Prüfung bewenden, sondern beteiligt sich daran, davon habe ich noch nichts gehört. Ich möchte noch eine Antwort, ob er sich am Projekt der Gemeinden beteiligt, welches im Bericht aufgeführt ist.

Ich bedanke mich beim Gemeinderat für seinen aufschlussreichen und informativen Bericht, der die Integration von unseren ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern leider nicht befriedigend beantwortet. Jetzt noch die Frage: Macht er mit bei diesem Projekt?

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir machen dort mit, mit dem Kanton zusammen. Es gibt eine Gruppe, die das organisiert. Von jeder Gemeinde ist jemand delegiert. Bei uns ist das Herr Weyermann, er ist in der Gruppe, die das Integrationskonzept ausarbeitet. Wir haben schon viel Papier, kantonale Integrationsprogramm usw. Das wird teilweise bereits umgesetzt, indem die Leute speziell begrüsst werden und entsprechend Eingangsgespräche haben, die der Kanton machen muss gemäss Integrationsgesetz. Finanziell beteiligt sich die Gemeinde natürlich stark an den vielen Kosten, die in den Sprachkursen anfallen. Das ist eine wichtige Integration, die Haupt-Integration. Das ist wichtig, damit man die Leute in den Arbeitsprozess bringen kann, damit sie nicht bei der Sozialhilfe anhängig sind oder bleiben. Das ist ein wichtiger Aspekt und dafür geben wir relativ viel Geld aus, damit diese Leute die Sprache lernen können.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Wird einmal darüber berichtet, was die Ergebnisse sind in diesem Projekt?

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich gebe das gerne weiter.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ist das für Sie Herr Gadola beantwortet? Gut.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich möchte es nicht abschreiben, ich möchte zuerst einen Bericht des Gemeinderates sehen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Das ist eine Interpellation. Wenn Sie einen Bericht möchten, dann müssen Sie ein Postulat einreichen. Er hat es beantwortet und ich frage Sie, ob die Antwort für Sie okay ist, dann können wir weiter machen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Nein, es ist nicht okay.

Arnold Julier, Gemeinderat: Zur Klärung. Es ist eine Interpellation, und wir haben die Fragen beantwortet. Wenn sich aus diesen Fragen ein Antrag zu einem Postulat entwickelt, dann musst du ein Postulat einreichen. Hier ging es nur darum, die Fragen, die du gestellt hast, zu beantworten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Die Interpellation ist beantwortet, wir fahren weiter.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 27.08.2015, betreffend
Was kostet uns die UStR3

Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4246 / A

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich frage den Interpellant an, ob er mit der Antwort zufrieden ist?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Natürlich bin ich nicht so zufrieden mit der Antwort. Das liegt aber nicht am Gemeinderat, er hat einfach nicht mehr Informationen, wie wir alle auch. Wir wurden zum Glück noch nicht von den Ereignissen überholt, aber jetzt sind wir am Diskutieren und es existieren auch bereits erste Zahlen im Kanton. Nach groben Schätzungen rechnet man CHF 60'000'000 Verlust für den Kanton und CHF 10'000'000 weniger im Finanzausgleich vom Kanton zu den Gemeinden. Ich möchte mitgeben, dass sich alle gut überlegen, ob wir die UstR3 für eine gute Idee halten sollen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Wenn es der Interpellant wünscht, hätte ich noch ein kleines Update. Die Beantwortung hat sich relativ stark verzögert. Im Papier konnten wir nur schreiben, dass wir eigentlich noch nichts sagen können. Es hat sich jetzt einiges geändert, es ist durch den Ständerat und den Nationalrat und man weiss ein bisschen mehr. Soll ich das ausführen?

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Von mir aus sehr gern, und wenn ich mir das wünschen darf, dann kann nachher auch darüber diskutiert werden.

Franz Vogt, Gemeinderat: Der Ständerat hat als erster Rat der UStR3 am Montag 14 Dezember 2015 mit 31 zu 9 Stimmen zugestimmt. Folgende Eckwerte wurden beschlossen.
Erstens, die Einführung einer Patentbox als Ersatzmassnahme für die wegfallenden Steuerstatusgesellschaften. Das heisst, Erträge aus Patenten und patentähnlichen Immaterialgütern sollen reduziert besteuert werden können. Die konkrete Entlastung hängt von den Forschungsaufwendungen in der Schweiz ab und liegt in der Autonomie der Kantone.
Zweitens, die Einführung einer sogenannten Input-Förderung. Dabei geht es darum, einen erhöhten Abzug für Forschung und Entwicklung im Inhalt einzuführen. Der steuerliche Aufwand wird dabei um einen bestimmten Faktor erhöht und die Gewinnsteuerbasis entsprechend reduziert. Die Folge davon ist eine ermässigte Besteuerung des Gewinns. Die Input-förderung soll auf 150% des geschäftsmässig begründeten Aufwands begrenzt werden.

Drittens, Verzicht auf Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Das ist eine Abgabe, die bei Gründungen und Kapitalerhöhungen von Gesellschaften fällig wird.

Viertens, Verzicht auf die Einführung einer zinsberechtigten Gewinnsteuer. Vom Gewinn wird eine fiktive Verzinsung des investierten Kapitals abgezogen werden können.

Fünftens. Der Regierungsrat des Kantons Baselland hat in seiner Medienmitteilung vom 15. Dezember 2015 mitgeteilt, dass er es für unumgänglich erachtet, den kantonalen Gewinnsteuersatz zu senken, da die Kapitalgesellschaften nach der UStR3 im Baselbiet überdurchschnittlich hoch besteuert werden. Die in Baselland domizilierten Statusgesellschaften würden ohne Steuersatzsenkungen den Kanton verlassen, da nur einen Teil in genügendem Ausmass von den Ersatzmassnahmen, Patentbox und Input-Förderung, profitieren. Das betrifft allerdings die Gemeinde Allschwil nur, wenn der maximale Satz für die Gemeinden gesenkt werden würde.

Sechstens. Die vertikalen Ausgleichsmassnahmen des Bundes wurden erhöht. Der Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer wird von aktuell 17% auf 21,2% erhöht. Dadurch sollen die aufgrund der UStR3 erwarteten Mindereinnahmen kompensiert werden. Der Nationalrat hat das Gesetz am 16. und 17. März behandelt. Der Nationalrat hat als zweiter Rat zusätzliche Steuererleichterungen beschlossen. Er hat eine spezielle Besteuerung für Schifffahrtsunternehmen und zinsbereinigte Gewinnsteuer in die Vorlage eingefügt. Dadurch erhöhen sich die Kosten für die Reform allein für den Bund um mehrere hundert Millionen Franken. Der Nationalrat ist sonst weitgehend den Beschlüssen des Ständerates gefolgt. Im Zentrum stehen die Patentbox und die Abzüge für Forschung und Entwicklung. Der Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer hat er, wie vom Bundesrat beantragt, auf 20,5% festgelegt. Wie weiter? Falls kein Referendum ergriffen wird, kann angenommen werden, dass das neue Gesetz auf Januar 2017 in Kraft treten wird, bzw. auf Januar 2019 von den Kantonen umgesetzt werden muss. Konkrete Aussagen für die Gemeinde Allschwil sind noch keine möglich. Sobald dem Gemeinderat weitere Informationen vorliegen, werden wir den Einwohnerrat proaktiv informieren. Wichtig für die Gemeinde Allschwil ist, dass wir uns politisch rechtzeitig für Ausgleichsmassnahmen beim Kanton einsetzen, da sind vor allem unsere Landräte gefordert.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vielen Dank an Gemeinderat Franz Vogt für die Ausführungen. Mit so viel Informationen zu diesem Thema hätte ich heute Abend nicht gerechnet. Ich habe mir natürlich auch meine Gedanken über das gemacht. Bei den Lizenzboxen oder Patentboxen, wie sie neu heissen, geht es um die Forschung. Die Forschung ist in der Schweiz vorwiegend ökonomisch.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Morat, möchten Sie gerne Diskussion? Gut, dann stimmen wir darüber ab.

://:

Mit 11 Ja gegen 16 Nein und 6 Enthaltungen wird keine Diskussion verlangt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ganz kurz. Ich bin erstaunt. Beim Integrationskonzept keine Diskussion, ich hätte gerne ein. Und jetzt, wo es auch um eine Interpellation geht, hat man eine Diskussion in Erwägung gezogen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Das ist richtig, aber Herr Gadola hat keine öffentliche Diskussion verlangt, darum konnten wir nicht darüber abstimmen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ein bisschen Historie. Es ist Usus hier drin, dass, wenn jemand bei einer Interpellation Diskussion verlangt, dann wird dem grundsätzlich zugestimmt, wenn es nicht total neben allem anderen liegt. Was hier gemacht wurde, ist kein Thema für uns, wir wollen das nicht. Aber es ist sehr aktuell, ansonsten hätte sich Franz Vogt darauf nicht so vorbereitet. Eigentlich ist das Usus, wenn jemand eine Diskussion verlangt, dann lasst die Leute reden.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich mache es ganz kurz. Ich glaube, dass es ein Referendum geben wird. Das weiss ich von Gewerkschaften und auch sonst von der linken politischen Seite in diesem Land. Es wäre ziemlich dumm nach dem Desaster von UStR2, welches uns Alt-Bundesrat Merz eingebrockt hat, kein Referendum zu ergreifen. Ich akzeptiere den Entscheid des Rates auf keine Diskussion.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Danke, dann ist die Interpellation erledigt und abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 27.12.2015, betreffend
Projekt Skulpturenführer Allschwil 2015 – 200 Jahre Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4267

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Der Gemeinderat beantragt Entgegennahme. Liegt ein Gegenantrag vor? Das ist nicht der Fall, somit ist das Postulat überwiesen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es ging ein paar Jahre, bis wir das auf die Reihe gekriegt haben. Ich möchte an dieser Stelle allen, die dabei waren, danken. Man sieht bei der Finanzierung, dass es ein gemeinschaftliches Werk ist zwischen Privaten, Swisslos, also Kanton, Bürgergemeinde und der politischen Gemeinde. Das ist ein Beispiel von Zusammenarbeit, daran sollten wir in Zukunft mehr denken. Besten Dank allen, die heute Abend dem zugestimmt haben, wenn auch nur passiv.

PAUSE

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir fahren weiter. Ich frage den Gemeinderat, ob es etwas vom Info-Fenster gibt. Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur Fragestunde.

FRAGESTUNDE

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur ersten Frage von Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion. Verwaltungsführung der Gemeinde betreffend Stiftung für Tagesheime.

Verwaltungsführung der Gemeinde betreffend der Stiftung für Tagesheime

Zur Verwaltungsführung der Gemeinde betreffend der Stiftung für Tagesheime habe ich Anfang Dezember 2015 folgende Empfehlung abgegeben (Auszug aus dem Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 9. Dezember 2015): „Ich erlaube mir noch eine kurze Bemerkung zur Geschichte mit der Famex, weil es mir entscheidend wichtig scheint, dass wir nicht alles vermischen. Es gibt drei Ebenen. Die erste Ebene ist die Vergangenheitsbewältigung, das haben wir gehört und gelesen. Es ist sicher wichtig, dass dies gut behandelt wird. Die zweite Ebene ist, dass wir für das nächste Jahr ab 1.1.2016 eine gute Lösung finden an der Sitzung, die Nicole Nüssli gestern erwähnt hat, am 17. Dezember. Da müssen alle Beteiligten über Schatten springen, damit das möglich ist. Die dritte Ebene ist eine Lösung für die Zukunft. Da muss daran gearbeitet werden und da müssen wir im Interesse einer guten Familien- und Bildungspolitik uns weiter entwickeln.“

Zur ersten Ebene (Vergangenheitsbewältigung) hat in der Zwischenzeit das Büro des Einwohnerrats die GPK ohne eine Fristsetzung beauftragt, sich zur Überprüfung der Verwaltungsführung der Gemeinde betreffend der Stiftung für Tagesheime einen Auftrag zu geben und diesen abzuarbeiten.

Fragen:

1. *Zur zweiten Ebene (Übergangslösung) möchten wir gerne im Interesse von guten Bedingungen für die Tagesbetreuung heute vom Gemeinderat möglichst konkret wissen, welche Vereinbarungen er mit der Stiftung für Tagesheime für eine Übergangslösung im 2016 getroffen hat.*
2. *Zur dritten Ebene (Zukunftslösung) möchten wir erfahren, welche Optionen der Gemeinderat hinsichtlich einer Lösung für die Zukunft ab 2017 bereits sieht.*

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich beantworte diese Frage gerne, möchte aber festhalten und betonen, dass es ein laufendes Verfahren ist. Die Fragen betreffen ein laufendes Verfahren, die GPK ist eingeschaltet und hat ihre Arbeit aufgenommen. Es ist eine Tatsache, das wissen Sie aufgrund der Fragestellung, dass am 17. Dezember 2015 ein Gespräch stattgefunden hat zwischen einer Delegation des Gemeinderates und einer Delegation der Stiftung Tagesheime. Wir sind zusammen gesessen und haben eine erste Auslegeordnung gemacht, die Sichtweise gegenseitig dargestellt und haben nachträglich vereinbart und festgehalten, dass wir ein weiteres Gespräch führen möchten mit einer Begleitung. Wir nennen das ein begleitetes mediales Gespräch. An diesem Gespräch soll weiter entschieden werden, wie wir weiter vorgehen möchten in dieser Angelegenheit. An diesem Gespräch soll nicht nur eine Delegation des Gemeinderates und des Stiftungsrates anwesend sein, sondern der ganze Gemeinderat und der ganze Stiftungsrat, und auch der Gemeinderat Dieter Pfister und Hauptabteilungsleiter Ueli Weyermann. Wie es nachher weitergehen soll, hängt von diesem Gespräch hauptsächlich ab, ob es weitere derartige Gespräche geben soll oder andere Gespräche mit einer anderen Ausrichtung und mit anderem Sinn und Zweck. Darum kann ich zur zweiten Frage noch keine Aussage machen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Keller, ich bitte Sie bei solchen Fragen eine Interpellation zu machen und nicht so fragen. Das wäre viel einfacher.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich sage noch etwas zu dieser Bitte bezüglich Interpellation. Ich bin jetzt bald vier Jahre lang gewohnt, dass Interpellationen oder Vorstösse von mir zu Dauer-Nichtbrenner werden. Die Fragestunde ist eine Möglichkeit, dass man innert nützlicher Frist eine Antwort erhält. Für diese Frage habe ich eine Einleitung gebraucht, um sie in einen Zusammenhang zu stellen. Ich habe zwei Nachfragen, das darf ich, oder? Gut, danke.
Ich habe in den Medien wiederholt gelesen, dass der Einwohnerrat Schuld ist, salopp gesagt. Ich weiss, dass der Einwohnerrat, und das hat mir sehr zu schaffen gemacht, eine generelle Kürzung vom Tagesbetreuungsbudget von CHF 4'000'000 auf CHF 3'000'000 gemacht hat. Ich finde das immer noch nicht gut. Aber ich habe nie gehört oder gelesen - wenn ich nicht dabei war, lese ich aufmerksam das Protokoll -, dass der Einwohnerrat gesagt hat, wo und wie diese Einsparungen gemacht werden müssen. Darum hat es mich verwundert zu lesen, dass der Einwohnerrat diese Massnahmen angeordnet oder beschlossen hat. Da wüsste ich gerne, woher diese Information in den Medien kommt. Die zweite Frage steht in Zusammenhang mit der ersten. Wann und wie wird der Einwohnerrat informiert, wie es weitergehen soll. Ich möchte nicht erst dann – da hört man vielleicht ein Misstrauen heraus, das ist jetzt halt einfach so, ich kann nicht über meinen Schatten springen – informiert werden, wenn es gelaufen ist. Wann und wie wird der Einwohnerrat über die zukünftige Lösung ab 2017 informiert?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Zur ersten Frage kann ich nur sagen, dass ich es auch nicht weiss. Ich weiss nicht, wer diese Informationen an die Medien weitergehen und ob diese Informationen überhaupt so an die Medien gegangen sind. Zur zweiten Frage, wann der Einwohnerrat eingebunden wird. Diese Frage müssen wir im Gemeinderat diskutieren, aber auch dazu kann ich noch keine Aussage machen. Ich gebe Ihnen Recht, es wäre nicht schön, wenn wir erst dann kommen, wenn alles bereits erledigt ist. Wir müssen rechtzeitig kommen, das haben wir glaub gelernt. Man lernt ja nie aus, aber das haben wir in diesem ganzen Prozess gelernt. Wir müssen vielleicht ein bisschen früher mit den Informationen kommen. Es ist nicht immer ganz einfach. Was heisst Informationen? Sind diese umfassend oder ist es nur ein Teil? Wenn wir nicht umfassend informieren können, dann ist es schwierig, wenn wir nur von einem Teil reden und dann doch nicht alle Fragen beantworten können. Das ist die Schwierigkeit in diesem Prozess. Ich nehme das mit auf den Weg, dass wir rechtzeitig kommen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke. Ich bin sehr froh, dass man bereit ist, die Sachen auf den Tisch zu legen und offen zu bearbeiten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 2, SP-Fraktion, Nicolas Chapuis, SBB-Tageskarten in Allschwil.

Preis SBB Tageskarten in Allschwil

Frage:

1. *Weshalb kostet die SBB Tageskarte in Allschwil 43.- CHF, wenn sie in anderen Gemeinden wie Therwil, Binningen, Bottmingen oder Birsfelden 40.- CHF kostet?*

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Nicolas Chapuis zählt die Nachbargemeinde Binningen und die Gemeinden Bottmingen, Therwil und Birsfelden auf, wo die Tageskarten CHF 40 kostet. Ich zähle jetzt auch zwei Nachbargemeinden und zwei weitergehende auf und dann sind die Preise leicht anders. Schönenbuch CHF 42, Oberwil CHF 45, Pratteln CHF 45, MuttENZ CHF 45. Merke, Allschwil liegt irgendwo in der Mitte. Von allen Gemeinden, die in der Fragestellung erwähnt wurden und die ich erwähnt habe, liegt der Durchschnitt bei CHF 42.10. Wir sind mit CHF 43 durchschnittlich. Die Fragestellung muss lauten, weshalb wir nur durchschnittlich sind. Diese Frage möchte ich gerne beantworten. Wie Sie dem Budget entnehmen können, Position 6290-3109, liegt der Einkaufspreis bei CHF 36.45 pro Stück und der Verkaufspreis bei CHF 43. Die Differenz benötigen wir für die Kosten der Reservierungsplattform und für den internen Aufwand für den Verkauf. Wenn andere Gemeinden es für CHF 40 anbieten, dann vermuten wir, dass sie keine Vollkosten rechnen, sondern in diesem Sinn die Karte leicht subventioniert ihrer Bevölkerung zur Verfügung stellen. Im Rahmen der generellen Leistungsüberprüfung im April 2014 hat sich der Gemeinderat dazu entschieden, dass er das Angebot gerne weiter der Bevölkerung zur Verfügung stellen möchte und die maximal mögliche Zahl von 10 Stück pro Tage bei der SBB bezieht, aber halt im Rahmen einer Vollkostenrechnung einen angemessenen Preis von CHF 43 dafür verlangt. Im Rahmen der Leistungsüberprüfung hat man den Preis gezielt auf die CHF 43 festgelegt, damit die Kosten gedeckt sind. Ich hoffe, damit ist die Frage beantwortet.

Nicolas Chapuis, SP-Fraktion: Vielen Dank für diese Antwort, ich habe es gut verstanden. Ökonomisch gesehen wäre es nicht vertretbar auf CHF 40 herunterzugehen. Das ist meine Zusatzfrage.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wenn wir auf CHF 40 heruntergehen, dann heisst das, dass wir den internen Aufwand dafür mit dem Steuerfranken decken werden.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 3, FDP, Andreas Bärtsch, Neues Schulhaus.

Neues Schulhaus

Fragen:

1. *Wie ist der Stand bei der Bestellung / Vergabe der elektronischen Wandtafeln für das neue Schulhaus?*
2. *Wieviel Prozent der Abrechnungssumme wurden bisher beim Bau des neuen Schulhauses an ortsansässige Firmen vergeben?*
3. *Was ist das Konzept hinter der neuen Schulhauszuteilung für die 1.-6. Primarklasse? Bei den Betroffenen herrscht eine grosse Konfusion. Wird das Informationskonzept nochmals überdacht?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich beantworte Ihnen die ersten beiden Fragen, die dritte Frage beantwortet Ihnen Pascale Uccella in ihrer Rolle als Präsidentin des Schulrates Primarschule.

Zur ersten Frage. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 3. Februar 2016 beschlossen, das Schulhaus Gartenhof mit interaktiven Wandtafeln auszustatten. Das ist vielleicht ein irreführender Begriff. Es gibt Wandtafeln mit sogenannten Kurzdistanz-Beamern. Im Rahmen der entsprechenden Ausschreibung sind neun Angebote eingegangen, davon lagen sechs innerhalb des vom Gemeinderat gesprochenen Budgetrahmens. Nach einer technischen und kaufmännischen Prüfung der Angebote wird das vorteilhafteste Angebot dem Gemeinderat vorgelegt und kann dann genehmigt werden. Die Auftragsvergabe ist auf den 27. April geplant.

Die Antwort auf Frage 2 ist etwas komplizierter. Bis jetzt hatten wir 65 Vergaben bei diesem Schulhaus, davon 30 im offenen Verfahren, 31 freihändig und 4 direkt. Von den offenen und freihändigen Verfahren sind 17 Angebote mit Allschwiler Beteiligung, entweder durch eine Einladung oder durch ein Angebot im offenen Verfahren. 14 Stück sind auf Einladung erfolgt, 3 im offenen Verfahren. Von den 14 im Einladungsverfahren haben 7 Allschwiler, die eingeladen wurden, kein Angebot abgegeben, das sind immerhin 50%. Einer von den 14 hat abgesagt, weil es nicht in seinem Leistungskatalog drin ist, und von jemandem haben wir eine ungültige Offerte erhalten. Es gab 5 Einladungsverfahren und 3 öffentliche Verfahren. Das entspricht ungefähr 3,4% von CHF 44'600'000 vergebenen Millionen, wo nur Allschwiler Unternehmen betroffene Submissionen stattgefunden haben. Die drei Allschwiler Unternehmen, das interessiert Sie wahrscheinlich am meisten. Das betrifft den ganzen Aushub, Firma Kiefer aus Allschwil, die da reüssierte auf dem 1. Platz von vier Firmen. Die Fassade der Lüftungszentrale auf dem Dach hat die Firma Morath AG gemacht, und die Fassade Metallbauarbeiten mit der Firma Hans Meier Metallbau aus Allschwil. Sie waren auf Platz 1 von vieren. Diesen Auftrag haben wir heute Nachmittag vergeben. Ich glaube, die Frage ist damit beantwortet.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich komme zur dritten Frage, die ich sehr gerne beantworte. Ab Sommer werden rund 500 Kinder, das heisst 26 Klassen, im neuen Schulhaus Gartenhof eingeschult. Primär kommen alle Klassen aus den ehemaligen Schulhäusern Bettenacker und Gartenstrasse. Als Folge von Harmos und Platzmangel in den anderen Schulhäusern sowie zu grosse Klassen müssen oder dürfen auch einzelne Klassen oder Schülergruppen aus dem Schulhaus Schönenbuchstrasse oder Schulzentrum Neu-Allschwil ins neue Schulhaus zügeln. Alle Kleinklassen wie die Fremdsprachenklasse sowie ein Teil der Einführungsklasse werden auch im Gartenhof beschult. Im Sinne der Transparenz hat die Schulleitung die Eltern aller betroffenen Kinder frühzeitig und allen gleichzeitig über den Wechsel informiert. Dabei wurde darauf geachtet, dass Klassen und Schülergruppen zusammenbleiben. Die Eltern von Kindern, welche in zu grossen Klassen sind, hatten die Chance Wünsche anzubringen, ob ihr Kind zusammen in einer Schülergruppe ins neue Schulhaus wechseln möchte. Wenn zu wenig oder zu viele Schülerinnen und Schüler einen Wechsel melden, dann wird die Schulleitung aufgrund des Zonenplans die Umteilung vornehmen müssen. Die Schulleitung wird beim Entscheid die involvierten Lehrer einbeziehen. Voraussichtlich anfangs Mai werden die betroffenen Familien über die neue Klassenzuteilung 2016 schriftlich informiert.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Meine Fragen sind beantwortet, danke.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 4, Bruno Gadola, SP-Fraktion, Fussgängerstreifen BVB Haltestelle Merkurstrasse.

Fussgängerstreifen BVB-Haltestellen Merkurstrasse

Frage:

1. *Ist der Gemeinderat bereit, für die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger bei den BVB-Haltestellen Merkurstrasse beim Kanton zu intervenieren, damit für die FGS geltenden Richtlinien nachgelebt wird resp. dass die fehlende Beleuchtung bei den FGS Haltestellen Merkurstrasse installiert wird?*

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Bei der Fragestellung könnte man meinen, dass irgendetwas mit der Beleuchtung nicht funktioniert. Also ist die Gemeindepolizei ausgerückt und hat sich ein Bild vor Ort gemacht. Sie war der Meinung, dass alles in Ordnung ist. Nur tagsüber sieht man nicht, wie das aussieht mit den Lichtern. Aus diesem Grund bin ich dann nachts nochmals ausgerückt mit dem Fotoapparat. Bild 1 bitte, wunderbar. Wir sind hier bei der Tramhaltestelle Merkurstrasse, auf der Höhe Merkurstrasse bei der Tramhaltestelle in Richtung Riehen und stellen fest, dass wir einen schön markierten Fussgängerstreifen haben, beidseitig hat es ein blaues Verkehrsschild, und genau an dieser Stelle dort

hat es eine Lampe, die den Fussgängerstreifen hell ausleuchtet. Das Problem kann also nicht daran liegen. Gehen wir zum anderen Fussgängerstreifen. Jetzt sind wir immer noch an der Tramhaltestelle Merkurstrasse, aber jetzt auf der Höhe Abzweiger Marsstrasse, Tramhaltestelle in Richtung Allschwil Dorf. Man sieht den Fussgängerstreifen sauber markiert, das blaue Schild, aber Sie sehen, dass es vor dem Fussgängerstreifen hell ist und hinter dem Fussgängerstreifen auch. Der Fussgängerstreifen selber ist ein bisschen dunkler. Nun ist die Frage, ob das in Ordnung ist. Jawohl. VSS-Norm SN 640 42 ist erfüllt und insbesondere auch die Umsetzung. Das kantonale Tiefbauamt sagt, dass die Beleuchtung den Fussgänger anleuchten muss, damit der Fahrzeuglenker ihn sieht und reagieren kann. Prioritär ist es nicht erforderlich, dass der Fahrzeuglenker den Fussgängerstreifen sieht, sondern er muss den Fussgänger auf dem Fussgängerstreifen sehen. Mit dieser Beleuchtung kurz vor und kurz nach dem Fussgängerstreifen wird der Fussgänger seitlich angeleuchtet und der Automobilist sieht ihn von weitem. Was man ebenfalls immer macht in so einer Situation, man stellt sicher, dass die zwei Lampen kurz vor dem Fussgängerstreifen stärker leuchten, damit es keine dunkle Zone in der Mitte gibt, wie Sie das im Bild weiter hinten sehen.

Fazit ist, dass alles in Ordnung ist, auch wenn die Lampen nicht exakt über dem Fussgängerstreifen sind. Die Normen sind erfüllt. Der Kanton hat alle Fussgängerstreifen überprüft und hat auch die Gemeinden dazu aufgefordert dies zu tun. Sie erinnern sich daran, dass Sie den Gemeinderat beauftragt haben, an einer Stelle einen Fussgängerstreifen nicht zu entfernen, sondern stattdessen richtig zu beschildern und auszuleuchten. Insofern wäre es verwunderlich, wenn wir tatsächlich auf einer Kantonsstrasse noch einen Fussgängerstreifen gehabt hätten, welche die Normen nicht erfüllt. Es liegt hier offenbar ein Missverständnis vor, es ist alles in Ordnung.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Vielen Dank für die Bemühungen. Ich fühle mich sehr unsicher bei diesen Fussgängerstreifen, ich überquere sie fast täglich. Aber zum Glück sind die Normen eingehalten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 5, Urs Pozivil, FDP, Veloweg von Oberwil nach Allschwil.

Veloweg von Oberwil nach Allschwil

Seit einigen Monaten ist nun der Veloweg von Oberwil nach Allschwil entlang der Oberwilerstrasse fertiggestellt. Ab Ende des Veloweges (Höhe Spitzwald) verläuft die Veloroute gemäss Beschilderung an der Oberwilerstrasse entlang weiter. Dies kann meines Erachtens nicht dem Sinn und Zweck des Velowegs entsprechen, da nun wieder eine potentielle gefährliche Teilroute direkt auf der Oberwilerstrasse verläuft.

Fragen:

1. *Wird eine andere Beschilderung seitens Gemeinde Allschwil angestrebt?*
2. *Wo führt diese durch?*
3. *Wann wird eine allfällige neue Beschilderung installiert?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Der neu erstellte Veloweg von Oberwil nach Allschwil geht heute erst bis zum Spitzwald, also dort, wo der Herrenweg die Oberwilerstrasse kreuzt. Es ist vorgesehen, dass der Veloweg nicht auf der Oberwilerstrasse nach Allschwil führen soll, sondern dass man rechts abbiegen soll. Auf dem gelben Pfad würde von unten her gesehen nach rechts abgebogen in den Herrenweg und dann nach links in den Winzerweg. Dort geht es entlang der Bordkante der Ziegelei weiter in Richtung Allschwil. Wir biegen dann wieder nach rechts ab. Dort kommen wir dann in den Holeeweg und dann ganz oben auf der Karte in die Ochsenegasse und dann zurück zur Oberwilerstrasse. Diesen Weg gibt es heute bereits, er kann auch befahren werden. Aber es wird vermutlich zu gewissen baulichen Veränderungen kommen, damit man den Weg gut befahren kann und es keine Konflikte zwischen wandernden und velofahrenden Leuten gibt. Ich kann die drei Fragen insofern beantworten, sobald die Route klar ist, dass man dort abbiegt, und dann wird die Beschilderung geändert. Wir gehen davon aus, dass in Zusammenarbeit mit dem Kanton dies nächstes Jahr 2017 der Fall sein wird.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Danke für die Antworten. Ich habe keine weiteren Fragen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 6, FDP-Fraktion, Kathrin Gürtler, Gestaltung des Pausenraums des neuen Schulhauses.

Gestaltung des Pausenraums des neuen Schulhauses

Die Primarschüler haben in einem Workshop Projekte für die Gestaltung des Pausenraums des neuen Schulhauses ausgearbeitet.

Frage:

1. Was ist von diesen Projekten der Kinder in die Aussengestaltung des Gartenhof Schulhauses eingeflossen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir gehen bei der Beantwortung dieser Frage davon aus, dass es um den ganzen Aussenraum und die Aussenraum-Gestaltung rings um das neue Schulhaus geht. Da können wir dir Kathrin mitteilen, dass am Kinderpartizipations-Workshop im März 2015, wo rund 60 Allschwiler Schulkinder ihre Ideen einbringen konnten, vier Punkte behandelt wurden. Erstens gab es ein generelles Feedback zur Aussenraumgestaltung der Planer. Zweitens gab es ein Feedback und einen Gestaltungsinput zu den Kletterinstallationen, die es auf dem Schulhausplatz geben wird. Drittens gab es ein Feedback und einen Gestaltungsinput zu Wasserspielen bei der Tagesschule und einen Gestaltungsinput zum Schulgarten. Der Schulgarten ist hier auf der Seite in Richtung Aussenraum des Kantons, in Richtung Sportplatz. Eine Ausarbeitung dieser Projekte im Sinn der Frage hat so nicht stattgefunden. Es gab nicht spezielle Projekte, sondern es ging um Feedback und Gestaltung von einzelnen Elementen. Am 20. März 2016 hat wieder eine Kinderpartizipation, eine Feedbackrunde, stattgefunden mit den teilnehmenden Kindern und dem Landschaftsarchitekt. Dort wurde den Kindern dargelegt, welche Inputs tatsächlich einfliessen konnten und wie das technisch und finanziell umgesetzt werden kann. Die Kinder haben das mit Applaus beantwortet. Sie waren sehr zufrieden über das, was eingeflossen ist. Es wird so sein, dass die Schulkinder, die dort zur Schule gehen, bei verschiedenen Baumpflanzungen dabei sein können, respektive werden sie die Bäume selber pflanzen können. Das ist eine schöne Sache, wenn man als Kind im Schulgarten, wo man zur Schule geht, selber einen Baum pflanzen kann. Das ist eine sehr weittragende Bereicherung und eine Teilhabe bei der Gestaltung der Schulanlage.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Frage.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Habe ich richtig verstanden, dass sämtliche Kleinklassen und Einführungsklassen ins Schulhaus Gartenstrasse kommen?

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Das ist so.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Das ist eine ganz schlechte Idee.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine mündliche Frage. Seit Februar ist die Plastikmüll-Situation am Laufen. Es macht viel Freude durch Allschwil zu gehen, es wird langsam sehr farbig. Neben den schwarzen Müllsäcken stehen 14 Tage lang auch gelbe. Kann man nicht mit dem Anbieter schauen, der es einsammelt, ob man es nicht wöchentlich einsammeln könnte? Man sieht bei gewissen Überbauungen Berge, die zwei Wochen dort liegen. Ob er wöchentlich oder zweiwöchentlich durchfährt, der Müll geht sowieso weg.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte um ein bisschen Geduld bitten. Wir sind noch in der Versuchsphase, die insgesamt zwei Jahre dauern soll. Die erste Auswertung möchte ich im Sommer dieses Jahres präsentieren und erst dann werden wir einen Entscheid fällen, ob wir es intensivieren. Ich kann Ihnen versichern, dass die Abfallmenge beim Plastikabfall massiv zugenommen hat. Wir werden voraussichtlich unsere Jahresziele erfüllen, so viel kann ich sagen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Nur kurz als Ergänzung. Wir haben den Beschluss abgeholt, dass wir das so einmal durchführen dürfen in der Versuchsphase, finanziell gesprochen. Wenn wir jetzt auf wöchentlich wechseln würden, bräuchten wir allenfalls einen Nachtragskredit. Und ich meine, dass die SVP gesagt hat, dass sie dem nie mehr zustimmen werden. Spass beiseite, bei mir in der Sprechstunde war ein Herr, der dieses Anliegen auch deponiert hat und vor allem deponiert hat, dass viele Leute nicht wissen, wann der Sammelzeitpunkt ist, also wenn die zwei Wochen herum sind. Wir haben veranlasst, dass im AWB regelmässig publiziert wird, wann diese Daten sind. Dies sollte dann nicht mehr so häufig passieren.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Eine kleine Frage. Ich habe am Wochenende versucht herauszufinden, wer in der paritätischen Personalkommission sitzt. Auf der Homepage ist das nicht ersichtlich. Sitzt gar niemand in dieser Kommission drin?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich muss es abklären und werde das bilateral mitteilen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Frage zu Tempo 30. Das Bundesgericht hat vor ein paar Monaten gesagt, dass es unter gewissen Bedingungen möglich ist auf Kantonsstrassen Tempo 30 einzuführen. Ich denke zum Beispiel an die Schönenbuchstrasse beim Schulhaus. Ist das für den Gemeinderat eine Option, sich dafür beim Kanton einzusetzen?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wir danken für die Information, die kam bei mir bisher noch nicht an. Wir nehmen den Gedanken auf und berichten wieder.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Danke, damit ist es für mich schon beantwortet.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ich komme nochmals kurz zurück zu den gelben Abfallsäcken. Ich wurde gefragt, weshalb man keine am Lindenplatz kaufen kann. Hat das eine Absicht oder ist es an mehr Kosten gebunden?

Robert Vogt, Gemeinderat: Es sind jetzt in der Startphase nur zwei Verkaufsstellen vorgesehen aus rein rationellen Gründen. Auch dies werden wir im Sommer überdenken, ob wir es allenfalls ausweiten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur dringlichen Interpellation der SP-Fraktion, Geschäft 4286. Die Frage ist: Was passiert gerade bei der familienexternen Betreuung in Allschwil?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich beantworte die dringliche Interpellation gerne. Zur ersten Frage. Wie erklärt der Gemeinderat, dass es unterschiedliche Aussagen über die Auflösung des Auftrags der Tagesmütterverwaltung durch die Stiftung Tagesheime gibt? Sie haben sicher Verständnis dafür, dass ich keine Aussage machen kann, was man ihnen im persönlichen Gespräch gesagt hat oder was man allenfalls der Presse mitteilt. Ich kann Ihnen heute nur mitteilen, was sich aus unserer Sicht ereignet hat, das ist folgendes: Mit Schreiben vom 19. August 2015 hat die Stiftung Tagesheime die Leistungsvereinbarung Tagesbetreuung – alle Aufgaben in Zusammenhang mit den Tageseltern und familienähnlichen Betreuungsinstitutionen – per Ende 2015 gekündigt, das Mandat, das sie für die Gemeinde geführt hat. Der Gemeinderat hat diese Kündigung entgegengenommen und hat sich zunächst auf den Standpunkt gestellt, dass die Kündigung nicht akzeptiert wird, weil die Kündigungsfrist nicht eingehalten wurde. Dem Gemeinderat war von Anfang an bewusst, dass die Kündigung der Leistungsvereinbarung Tagesbetreuung weitreichende Konsequenzen haben wird. Und zwar Konsequenzen für die Tagesfamilien, für die familienähnlichen Betreuungsinstitutionen, also die privaten Tagesheime, und für die abgebenden Eltern, in Zusammenhang mit der Subventionsberechtigung. Mit der Kündigung der Leistungsvereinbarung Tagesbetreuung ist die Rechtsgrundlage weggefallen für die Subventionsberechtigung. Es gingen verschiedene Schreiben hin und her zwischen dem Gemeinderat und der Stiftung. Es wurden direkte Gespräche auf Verwaltungsebene bezüglich der Kündigung geführt. Letztlich ging auch noch ein

Anwaltsbrief ein auf der Gemeinde Allschwil, wo klar festgehalten wurde, dass die Kündigung von beiden Bereichen gültig ist und dass es im Übrigen gar keine Kündigung braucht, weil es nur eine Übergangslösung war. Der Gemeinderat hat dann beschlossen, dass man mit der Stiftung Tagesheime eine Lösung sucht, damit die Kündigung nicht grad per Ende 2015 ist, sondern dass wir ein bisschen mehr Zeit haben und dass die Stiftung Tagesheime das Mandat bis zum 1. April 2016 weiterführt. Diese Lösung hat man im November 2015 gefunden.

Zur zweiten Frage. Hatte der Gemeinderat vor Aussprechen der Kündigung Kenntnis gehabt, dass die Stiftung sämtlichen Tagesmüttern zu kündigen plant, ohne die gesetzlichen Bestimmungen zur Massenkündigung einzuhalten?

Die Kündigung mit den Anstellungsverträgen mit den Tagesfamilien ist alleinige Aufgabe der Stiftung. Die Stiftung ist die Verträge im Verlaufe ihres Mandates neu eingegangen oder sie hat die Verträge vom Tageselternverein übernommen, welcher vorher das Mandat für die Gemeinde ausgeführt hat. Die Stiftung war bis zum Aussprechen der Kündigung Arbeitgeberin der Tagesmüttern und Tagesfamilien. Aus meiner Sicht ist es klar, dass es ihre Aufgabe ist, diese Verträge aufzulösen. Ein zweiter wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist folgendes. Es war für die Gemeinde Allschwil von Anfang an ein Ziel, eine Nachfolgelösung für die Tagesmütter und Tagesfamilien zu finden, sodass die Betreuung der Kinder durch Tagesfamilien auch in Zukunft in Allschwil angeboten werden kann. Der Gemeinderat musste sich zuerst bewusst werden, welche Lösungen es überhaupt gibt. Es gab von Anfang an mehrere Lösungen. Eine Lösung wäre gewesen, dass sich die Tagesmüttern als selbstständig erwerbend gemeldet hätten und die Abrechnungen selbstständig gemacht hätten. Eine andere Lösung – die haben wir verfolgt – war, dass die Gemeinde Tagesmüttern angestellt, wie sie übrigens auch die Betreuerinnen des Mittagstisches anstellen. Für die Tagesfamilien und die Tagesmüttern wurde eine Nachfolgelösung gefunden und damit das Ziel, welches wir uns von Anfang an gesteckt haben, erreicht. Die Frage der Massenkündigung und von den Einsprachen, die gegen die Kündigung eingegangen sind, ist aus meiner Sicht Juristentenfutter und nichts weiter. Das muss man auf dem Juristentisch lösen. Helfen tut das aus meiner Sicht niemandem. Zur dritten Frage: Werden die Tagesmütter künftig gemäss Personal- und Besoldungsreglement angestellt und was bedeutet das für die Verträge und die Löhne?

Wir werden die Tagesmütter nicht öffentlich-rechtlich anstellen. Sie werden in Zukunft auch nicht dem Personal- und Besoldungsreglement unterstellt sein. Die Verträge, die bereits abgeschlossen wurden, sind privatrechtlich, so werden wir sie anstellen. Die Betreuerinnen vom Mittagstisch und die Springerinnen bei den Tagesstrukturen sind auch privatrechtlich angestellt.

Zur Frage 4. Für den Betrieb einer Tagesmütterorganisation wird eine Bewilligung vom Regierungsrat verlangt. Besteht eine solche Bewilligung? Dem Gemeinderat ist bekannt, dass die Bewilligungspflicht kommen wird. Sie ist vorgesehen im kantonalen FEB-Gesetz, darüber wurde abgestimmt. Es gibt noch eine nächste Abstimmung, die Verfassungsinitiative. Das FEB-Gesetz ist noch nicht eingeführt und es braucht darum heute noch keine Bewilligung. Wir werden die selbstverständlich einholen, wenn es diese braucht. Wir haben jetzt bereits einen Antrag gestellt beim Verband Tagesfamilien Nordwestschweiz, dass wir uns dort anschliessen können. Dieses Verfahren läuft und wir sind dann automatisch bei Kibesuisse angemeldet, davon gehe ich aus.

Zur Frage 5. Die Gemeinde hat angekündigt eine neue FAMEX-Regelung per 1.1.2017 in Allschwil einzuführen. Weshalb wurde diese Vorlaufzeit nicht eingehalten?

Es ist richtig, geplant war keine Hauruckübung. Wir haben angedacht, es auf 1.1.2017 einzuführen. Leider ist uns die Kündigung der Leistungsvereinbarung Tagesbetreuung dazwischen gekommen und der Gemeinderat war extrem gefordert. Vor allem die Gemeindeverwaltung war extrem gefordert. Man musste eine Lösung finden für die Tagesfamilien und die familienähnlichen Organisationen. Und zwar rechtzeitig, damit auf 1.4.2016 die gesetzliche Grundlage für die Subventionsberechtigung steht. Ohne diese Regelung gibt es keine Subventionsberechtigungen für die abgebenden Eltern, es gibt keine Lohnauszahlung an die Tagesfamilien und keine Möglichkeit mehr, die Kinder durch Tagesfamilien oder familienähnliche Organisationen betreuen zu lassen. Das wollten wir verhindern und haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das FEB-Reglement zu formulieren und das andere Reglement zur Berechnung des massgeblichen Einkommens Ihnen zu unterbreiten. Beides ist erfolgt und liegt bei der Reglementscommission.

Zur Frage 6. Was unternimmt die Gemeinde, um diese Situation, welche für alle Beteiligten, Eltern, Kinder, Tagesmütter, Stiftung und Gemeinde, nur Unsicherheit und Unbehagen gebracht hat, zu ändern? Dass die Situation für alle, Tagesfamilien, abgebende Eltern, familienähnliche Organisationen, nicht gut ist und zu Unsicherheiten geführt hat, wissen wir. Es ist für uns auch überhaupt nicht glücklich. Wir wollten dies verhindern, das ist uns zugegebenermassen nicht ganz gelungen. Es gilt zu beachten, dass der Gemeinderat und die Verwaltung unter einem enormen zeitlichen Druck standen. Erst gegen Ende 2015 stand fest, dass die Stiftung die Leistungsvereinbarung Tagesbetreuung nur noch bis Ende März 2016 weiterführt. Innerhalb von wenigen Wochen mussten wir die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Tagesfamilien und die privaten Tagesheime schaffen. Diese mussten vom Gemeinderat verabschiedet werden. Am 7. März 2016 haben wir die Tagesfamilien informiert über die anstehenden Änderungen und anfangs April 2016 konnten wir die abgebenden Eltern sowie die privaten Tagesheime informieren. Man

kann sagen, dass man vielleicht früher mit den Informationen hätte rausgehen sollen. Aber das ist halt so eine Sache. Denn die Frage war, was wir sagen, wenn etwas Neues kommt, wir aber noch nicht wissen, was Neues kommt. Aus heutiger Sicht kamen die Informationen spät. Die Beteiligten müssen in kurzer Zeit schauen, wie sie sich neu organisieren. Deshalb hat der Gemeinderat intensiv nach Möglichkeiten gesucht, um diesen Zeitdruck etwas zu entschärfen. Wir haben geschaut, ob es Möglichkeiten gibt für eine Übergangslösung, damit in einer gewissen Zeitspanne die abgebenden Eltern, aber auch die Tagesmütter und die privaten Tagesheime sich neu organisieren können.

Wichtig ist für jede Übergangslösung, dass Sie die entscheiden. Wir können den Antrag stellen, das haben wir im Gemeinderat aufgegleist, aber der Entscheid bleibt bei Ihnen im Einwohnerrat. Das FEB-Reglement und das Reglement zur Berechnung des massgeblichen Einkommens wurden bereits überwiesen und es soll ab dem 1. April 2016 eingeführt werden. So ist es in diesem Reglement vorgesehen. Vom Gemeinderat ist vorgesehen im Sinne einer Übergangslösung für die bestehenden Betreuungsverträge bis zum 30. September 2016 die bisherige Subventionierung nach den bisherigen Grundlagen und Berechnungen des Einkommens fortzuführen. Damit können wir den Eltern und den privaten Tagesheimen entgegenkommen. Auf der anderen Seite soll bei bestehenden Tagesfamilien eine Übergangslösung ins Auge gefasst werden. Bis zum 30. September 2016 ist vorgesehen, einen zusätzlichen Betrag an die Tagesmütter zu bezahlen von brutto CHF 1.50 pro Betreuungsstunde. Dann würden sie in etwa fast an den Lohn herankommen, den sie vorher hatten. Es ist klar, ab 1. Oktober soll der neue Lohn gelten. Das ist nur für die Tagesmütter vorgesehen, welche am 20. März 2016 bereits ein Kind betreuen. Ich möchte nochmals festhalten: Den Entscheid für die Übergangslösung vor allem für die privaten Tagesheime und die Subventionierung, müssen Sie hier drin fällen. Wir werden eine separate Vorlage entwerfen, auch das kostet wieder enorm Zeit und Aufwand, das können Sie sich vorstellen. Die Verwaltung ist bereit, dies für uns zu tun, sodass wir in der nächsten Einwohnerratssitzung darüber beschliessen können.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Danke für die Ausführungen. Ich bin momentan zufrieden mit den Antworten. Ich höre es gerne, dass wir nächstes Mal im Einwohnerrat darüber abstimmen können. Wir haben beim Traktandum 6 gehört, was wir alles für die Wirtschaft tun. Wir sollten uns auch überlegen etwas für die Eltern zu tun, die in dieser Wirtschaft arbeiten und ihnen helfen, ihre Kinder zu betreuen. Das ist eine gute Sache und das darf nicht einfach sterben aus Sicht der Gemeinde, privat gibt es dies ja. Danke für die Antworten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich stelle fest, dass die Interpellation abgeschlossen ist. Es ist 20.10 Uhr, wir sind mit den Traktanden fertig. Heute hatten wir eine gute und zügige Sitzung. Ich möchte allen wieder- und neugewählten Gemeinderäten ganz herzlich gratulieren. Für mich persönlich habe ich das gerne gesagt, weil wir doch endlich von der SVP auch einen Gemeinderat haben. Ich wünsche einen schönen Abend.

ENDE